

## **Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Neustrelitz** (Feuerwehrsatzung)

Aufgrund des § 9 Abs. 2 des Gesetzes über den Brandschutz und die Technische Hilfeleistung durch die Feuerwehren für Mecklenburg-Vorpommern BrSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2015 (GVOBl. M-V, S. 612), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 30.07.2024 (GVOBl. M-V, S. 494) hat die Mitgliederversammlung in ihrer Sitzung am 07.01.26 die Satzung der Freiwilligen Feuerwehr Neustrelitz beschlossen:

### **Präambel**

Die Feuerwehr steht für Zivilcourage, Hilfsbereitschaft und Demokratie. Die Mitglieder retten, löschen, bergen und schützen ungeachtet von Nationalität, Religion oder ethnischer Herkunft. Sie tun dies, um die Unversehrtheit und damit auch die Würde aller Menschen zu schützen. Daher schließen sich Extremismus und die Mitgliedschaft in der Feuerwehr aus.

### **§ 1 Name, Aufgabe und Gliederung der Feuerwehr**

- (1) Die Freiwillige Feuerwehr Neustrelitz, in der Satzung "Feuerwehr" genannt, ist die Gemeindefeuerwehr der Stadt Neustrelitz und übernimmt die ihr durch Gesetz übertragenen Aufgaben.
- (2) Sie gliedert sich in die Ortswehren
  - Neustrelitz
  - Strelitz Alt
  - Fürstensee
  - Klein Trebbow,die keinen eigenständigen Charakter haben und ihre jeweiligen Abteilungen. Für sie gelten die Bestimmungen dieser Satzung genauso, sofern nichts Spezifisches geregelt ist.
- (3) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Feuerwehr die aktiven Mitglieder nach den geltenden Vorschriften aus- und fortzubilden.

### **§ 2 Mitglieder**

Der Feuerwehr gehören an:

1. die Mitglieder der Einsatzabteilung,
2. die Mitglieder der Ehrenabteilung,
3. die Mitglieder der Jugendabteilung,
4. die fördernden Mitglieder.

### **§ 3 Einsatzabteilung**

- (1) Für den Eintritt in den aktiven Dienst in der Einsatzabteilung gelten die Bestimmungen des § 10 BrSchG M-V. Der Bewerber muss unbescholten sein sowie die körperliche und geistige Tauglichkeit für den Feuerwehrdienst besitzen. In Zweifelsfällen ist die Tauglichkeit durch einen ermächtigten Arzt festzustellen.
- (2) Angehörige der Einsatzabteilung müssen regelmäßig dem Einsatz- und Ausbildungsdienst zur Verfügung stehen oder den Feuerwehrdienst durch besondere Fähigkeiten oder Kenntnisse unterstützen (§ 10 BrSchG).
- (3) Aufnahmegesuche sind schriftlich an den Gemeindeführer zu richten. Bewerber unter 18 Jahren müssen eine schriftliche Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten beifügen. Des Weiteren ist dem Aufnahmegesuch ein einfaches Führungszeugnis beizulegen. In Fällen des § 30a Bundeszentralregistergesetz kann der Vorstand ein erweitertes Führungszeugnis

verlangen. Der Vorstand entscheidet über eine vorläufige Aufnahme als aktives Mitglied. Die Bewerber müssen vor der Aufnahme erklären, dass sie die mit der Mitgliedschaft verbundenen Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen.

- (4) Nach einer halbjährigen Probezeit als Feuerwehranwärter und einer erfolgreich abgeschlossenen Feuerwehrgrundausbildung beschließt der Vorstand in der darauffolgenden Sitzung über die endgültige Aufnahme. Der Feuerwehrmann wird durch Handschlag und Unterschriftsleistung auf die Satzung verpflichtet.
- (5) Für die Mitglieder, die aus der Jugendabteilung übernommen werden, entfällt die Probezeit. Bewerber, die bereits einer anderen Feuerwehr aktiv angehören oder angehört haben, können ohne Probezeit übernommen werden. Eine Doppelmitgliedschaft in Feuerwehren ist möglich.

#### **§ 4 Pflichten der Mitglieder der Einsatzabteilung**

- (1) Die Mitglieder der Einsatzabteilung sind verpflichtet:
  1. bei Alarm sofort zu erscheinen;
  2. alle ihnen im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen gestellten Aufgaben zu erfüllen;
  3. die Unfallverhütungsvorschriften zu befolgen;
  4. pünktlich an allen Übungen und sonstigen dienstlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Ist die Teilnahme nicht möglich, hat sich der Betreffende vorher unter Angabe der Gründe beim Ortswehrführer oder seinem Stellvertreter abzumelden oder abmelden zu lassen.
- (2) Für minderjährige Angehörige der Einsatzabteilung besteht keine Pflicht zur Teilnahme an Einsätzen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist in vollem Umfang anzuwenden.

#### **§ 5 Ehrenabteilung**

- (1) Mitglieder der Einsatzabteilung, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, werden mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, Mitglied der Ehrenabteilung. Wenn die gesundheitlichen Voraussetzungen vorliegen, kann der Übertritt zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, spätestens jedoch mit Vollendung des 67. Lebensjahres.
- (2) Mitglieder der Einsatzabteilung, die vor Vollendung des 65. Lebensjahres dienstunfähig werden oder aus anderen Gründen dem Einsatzdienst nicht mehr zur Verfügung stehen können, können zur Ehrenabteilung überstellt werden.
- (3) Mitglied der Ehrenabteilung kann auch werden, wer sich als Nichtangehöriger der Feuerwehr um das Brandschutzwesen verdient gemacht hat. Über die Aufnahme dieser Bürger entscheidet die Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit von mehr als der Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten.

#### **§ 6 Jugendabteilung**

Der Eintritt in die Jugendabteilung ist in der Regel vom elften Lebensjahr an zulässig. Kinder ab Vollendung des sechsten Lebensjahres können zum Zwecke der Brandschutzerziehung in die Jugendabteilung aufgenommen werden. Rechte und Pflichten der Angehörigen der Jugendabteilung sind in einer Jugendordnung festzulegen.

## **§ 7 Fördernde Mitglieder**

Freunde der Feuerwehr, die deren Arbeit durch laufende Zahlungen von Geldbeträgen und/oder durch uneigennützige Arbeiten unterstützen, können durch die den Vorstand als fördernde Mitglieder aufgenommen werden. Sie haben keinen Anspruch auf Dienst- und Schutzkleidung.

## **§ 8 Verlust der Mitgliedschaft**

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch schriftliche Austrittserklärung, Auflösung der Feuerwehr, Ausschluss oder Tod des Mitglieds. Kameraden, die ihre Zugehörigkeit in der Feuerwehr dazu nutzen, aktiv gegen die freiheitliche Grundordnung zu werben, verlieren ihre Zugehörigkeit.
- (2) Wer für den Einsatz- und Ausbildungsdienst regelmäßig nicht zur Verfügung steht, wird aus der Einsatzabteilung ausgeschlossen. Den Beschluss darüber trifft der Vorstand. Dieses gilt nicht für Mitglieder, die aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen zeitweise nicht für den Einsatz- und Ausbildungsdienst zur Verfügung stehen.
- (3) Der Austritt kann zum Ersten eines jeden Kalendermonats erklärt werden und wird zum Ende desselben Monats wirksam. Die Erklärung ist auf dem Dienstweg schriftlich beim Gemeindeführer einzureichen.
- (4) Über den Ausschluss von Mitgliedern, die
  1. ihre Pflichten gröblich verletzt oder sich als unwürdig erwiesen haben oder
  2. ihre Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß ausüben können oder wollen,entscheidet die Mitgliederversammlung auf Antrag des Vorstands mit einer Stimmenmehrheit von mehr als der Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten. Der Betroffene ist vor der Entscheidung zu hören. Nummer 1 gilt auch für Mitglieder der Ehrenabteilung.
- (5) Der Ausschluss eines Mitgliedes ist diesem unter Angabe der Gründe schriftlich bekanntzugeben.
- (6) Gegen den Ausschluss ist innerhalb von zwei Wochen vom Tage der Bekanntgabe die Beschwerde beim Kreisfeuerwehrverband zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung.
- (7) Mit dem Ausscheiden verliert das Mitglied seine vermögensrechtlichen Ansprüche aus der Mitgliedschaft. Verpflichtungen gegenüber der Feuerwehr, soweit sie aus der Mitgliedschaft erwachsen sind, bleiben bestehen.

## **§ 9 Organe der Feuerwehr**

Organe der Feuerwehr sind:

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand.

## **§ 10 Mitgliederversammlung**

- (1) Die Mitglieder der Einsatzabteilung bilden die Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Gemeindeführers. Mitglieder der Ehrenabteilung können mit beratender Stimme teilnehmen.
- (2) Die Mitgliederversammlung wählt den Gemeindeführer sowie seinen Stellvertreter und beschließt über alle Angelegenheiten, für die der Vorstand nicht zuständig ist. Die Beschlüsse werden in offener Abstimmung herbeigeführt, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
- (3) Zu jeder Sitzung der Mitgliederversammlung wird durch den Gemeindeführer schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mindestens 14 Tage vor dem Sitzungstermin geladen. Er hat den Bürgermeister und den Kreisfeuerwehrverband

unter Wahrung der Frist zu informieren. Anträge zur Tagesordnung müssen bis eine Woche vor der Sitzung bei dem Gemeindewehrführer schriftlich eingereicht werden. Er soll sie der Mitgliederversammlung noch vor dem Sitzungstermin durch Aushang in den Ortswehren bekannt geben. Dringlichkeitsanträge können während der Sitzung gestellt werden.

- (4) Die Sitzung der Mitgliederversammlung wird vom Gemeindewehrführer oder seinem Stellvertreter geleitet und ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist. § 12 Abs. 1 bleibt unberührt.
- (5) Die Beschlussfähigkeit wird vom Gemeindewehrführer zu Beginn der Sitzung festgestellt.
- (6) Bei Beschlussunfähigkeit der Mitgliederversammlung findet am gleichen Tag eine zweite Versammlung statt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. Der Versammlungsleiter schließt die regulär einberufene Versammlung nach Feststellung der Beschlussunfähigkeit und eröffnet mit Bezug auf die ursprüngliche Einladung die neue Versammlung. Hierauf ist in der Ladung hinzuweisen.
- (7) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden Wahlberechtigten gefasst. Das heißt, ein Beschluss ist gefasst, wenn mehr Ja- als Nein-Stimmen für diesen vorliegen. § 5 Abs. 3, § 8 Abs. 4 und § 19 Abs. 2 dieser Satzung bleiben unberührt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Gemeindewehrführers. Stimmenenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Über Anträge grundsätzlicher Art kann nur abgestimmt werden, wenn sie zwei Wochen vorher schriftlich beim Gemeindewehrführer eingereicht werden.
- (8) Innerhalb von drei Monaten nach Ende des Kalenderjahres ist eine Jahreshauptversammlung durchzuführen. Sie hat den Jahresbericht über die Tätigkeit der Feuerwehr entgegenzunehmen, über die Kassenführung zu beschließen und fällige Neuwahlen durchzuführen.
- (9) Auf Beschluss des Vorstandes wird durch den Gemeindewehrführer innerhalb von zwei Wochen eine außerordentliche Sitzung der Mitgliederversammlung einberufen sowie wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung die Einberufung schriftlich unter Angabe des Grundes beantragt. Auch auf Verlangen des Bürgermeisters ist eine außerordentliche Sitzung der Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (10) Über jede Versammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Gemeindewehrführer und einem weiteren Vorstandsmitglied zu unterzeichnen ist.

## **§ 11 Vorstand**

- (1) Dem geschäftsführenden Vorstand der Feuerwehr gehören an:
  1. der Gemeindewehrführer als Vorsitzender,
  2. der stellvertretende Gemeindewehrführer,
  3. die Ortswehrführer und ihre Stellvertreter,
  4. der Gemeindejugendwart.
- (2) Die Beschlüsse des Vorstands werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Beschlussfähig ist der Vorstand, wenn mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten an der Beschlussfassung teilnehmen. Das heißt, ein Beschluss ist gefasst, wenn mehr Ja- als Nein-Stimmen für diesen vorliegen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren ist zulässig.
- (3) Dem erweiterten Vorstand gehören folgende Mitglieder kraft Amtes mit beratender Stimme an:
  1. die Pressewarte,
  2. der Schriftwart.

- (4) Der Vorstand hat folgende Aufgaben:
1. Anmeldung des Finanzbedarfs bei der Gemeinde;
  2. Vorlage des Jahresberichts in der Jahreshauptversammlung;
  3. Mitwirkung bei der Aufstellung von Dienstplänen;
  4. die Aufnahme von Feuerwehranwärtern;
  5. Entscheidung über die Überstellung dienstunfähiger Mitglieder, die das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in die Ehrenabteilung;
  6. Bestellung und Abberufung der Pressewarte, der Jugendwarte in den Ortswehren, des Gemeindejugendwartes, der Atemschutzgerätewarte, des Schriftwartes;
  7. Bestellung und Abberufung der Gruppen- und Zugführer;
  8. Bekanntgabe von Wahlergebnissen an die Mitgliederversammlung, die Stadt, die Aufsichtsbehörde und den Kreisfeuerwehrverband;
  9. Auswahl der Teilnehmer für Ausbildungs-, Funktions- und Führungslehrgänge;
  10. Beschlussfassung über Beförderungsvorschläge an den Bürgermeister;
  11. Aufnahme fördernder Mitglieder;
  12. Beschlussfassung über die Jugendordnung;
  13. Beschlussfassung über Ausschluss von Mitgliedern, die dem Einsatz- und Ausbildungsdienst nicht mehr zur Verfügung stehen (§ 10 BrSchG M-V).
- (5) Die Pflichten des Gemeindewehrführers und seine Aufgaben regelt eine Dienstanweisung.
- (6) Die Sitzungen des Vorstandes beruft der Gemeindewehrführer ein. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Gemeindewehrführer und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.
- (7) Die Tätigkeit des Vorstandes ist ehrenamtlich. Auslagen werden gegen Nachweis erstattet.

## **§ 12 Wahlen**

- (1) Wahlen erfolgen durch die Mitgliederversammlung sowie für die jeweiligen Ortswehrführungen durch die Versammlung der Ortswehrangehörigen. Diese sind jeweils beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten anwesend sind. Bei Beschlussunfähigkeit gilt § 10 Abs. 6 entsprechend. Die zu wählenden Vorstandsmitglieder werden längstens für bis zu 6 Jahre gewählt.
- (2) Die Mitglieder machen über den Wahlleiter dem Bürgermeister Vorschläge zur Wahl des Gemeindewehrführers und seines Stellvertreters sowie der Ortswehrführer und deren Stellvertreter. Die Wahlvorschläge sind schriftlich vier Wochen vor dem Wahltermin und für die Wahl der Gemeindewehrführung mit den Unterschriften von fünf Mitgliedern und für die Wahl der Ortswehrführungen mit den Unterschriften von mindestens drei Angehörigen der Einsatzabteilung der jeweiligen Ortswehr beim Wahlleiter einzureichen. Bei der Wahl zu den Ortswehrführern und deren Stellvertretern müssen die Unterstützer des Wahlvorschlags Angehörige der jeweiligen Ortswehr sein.
- (3) Der Wahlleiter wird durch den Vorstand für die jeweiligen Wahlen bestellt. Er bildet am Tag der Wahl mit mindestens zwei Wahlhelfern den Wahlvorstand. Für die Wahl zum Gemeindewehrführer und seines Stellvertreters kann jede Ortswehr einen Wahlhelfer in den Wahlvorstand entsenden. Wird die erforderliche Anzahl an Wahlhelfern nicht erreicht, bestimmt der Wahlleiter mit Zustimmung des Gemeindewehrführers die noch erforderlichen Wahlhelfer. Der Wahlleiter nimmt seine Arbeit mit der Einreichung der Wahlvorschläge gem. § 12 Abs. 2 Satz 2 dieser Satzung auf. Mitglieder, die selbst Bewerber der Wahl sind, dürfen nicht dem Wahlvorstand angehören. Der Wahlleiter nimmt eine Prüfung der Geeignetheitsvoraussetzungen gemäß § 12 Abs. 5 dieser Satzung vor. Der Bürgermeister entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge. Dabei hat er die beamtenrechtlichen Vorschriften für ein Ehrenbeamtenverhältnis zu beachten. Der

Gemeindewehrführer ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl verantwortlich.

- (4) Gewählt wird in geheimer Wahl durch Stimmzettel. Eine Briefwahl ist in begründeten Fällen zulässig. Gründe sind:

1. Feuerwehrdienst;
2. Keine Abkömmlichkeit am Arbeitsplatz;
3. Krankheit.

Eine Briefwahl ist nur für den ersten Wahlgang zulässig. Die Briefwahl muss spätestens eine Woche vor dem Wahltermin beim Wahlleiter beantragt werden. Dieser stellt dem Briefwähler bis spätestens zwei Tage vor dem Wahltermin einen Stimmzettel zu. Der Stimmzettel muss spätestens einen Tag vor dem Wahltermin im geschlossenen Umschlag beim Wahlleiter zur sicheren Verwahrung und zur Geheimhaltung eingereicht werden. Dieser führt am Wahltag den Stimmzettel ungelesen der Wahlurne zu.

- (5) Zum Gemeindewehrführer oder Ortswehrführer und deren Stellvertreter ist wählbar, wer

1. mindestens vier Jahre aktiv einer Feuerwehr angehört;
2. die persönliche und fachliche Eignung für das Amt besitzt;
3. die für das Amt erforderlichen Lehrgänge erfolgreich besucht hat oder sich bei der Annahme der Wahl zur unverzüglichen Teilnahme verpflichtet hat;
4. das 59. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

- (6) Wiederwahlen bisheriger Funktionsinhaber sind auch nach Vollendung des 59. Lebensjahres zulässig, doch endet die Amtszeit mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Liegen die gesundheitlichen Voraussetzungen vor, endet die Wahlzeit spätestens mit Vollendung des 67. Lebensjahres.

- (7) Ein Stimmzettel für den ersten Wahlgang hat folgenden Angaben zu enthalten:

- Datum der Wahl;
- Gegenstand der Wahl (Überschrift);
- Benennung des Wahlganges;
- Vor- und Zuname des/der Wahlbewerber;
- ein dem Wahlbewerber zuzuordnendes Kennzeichnungsfeld zur Stimmabgabe.

Eine Unterscheidung nach Ja- und Nein-Stimmen ist nicht notwendig, da zur Erreichung der absoluten Mehrheit ausschließlich Positivstimmen gezählt werden.

Ein Stimmzettel für die Stichwahl hat folgenden Angaben zu enthalten:

- Datum der Wahl;
- Gegenstand der Wahl (Überschrift);
- Benennung des Wahlganges;
- Vor- und Zuname des/der Wahlbewerber;
- Ein dem Wahlbewerber zuzuordnendes Kennzeichnungsfeld mit je einer Ja- und einer Nein-Stimme.

- (8) Zum Gemeindewehrführer, Ortswehrführer und deren Stellvertreter sind gewählt, wer im ersten Wahlgang eine Stimmenmehrheit von mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, erfolgt ein zweiter Wahlgang (Stichwahl). Bei mehreren Bewerbern für eine Funktion nehmen die beiden Bewerber an der Stichwahl teil, die im ersten Wahlgang am besten platziert waren. Entfallen im ersten Wahlgang auf den Zweitplatzierten mehrere Bewerber mit der gleichen Stimmenanzahl, entscheidet das Los des Wahlleiters über die Teilnahme an der Stichwahl. In der Stichwahl ist gewählt, wer mehr Ja- als Nein-Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Wahlleiter zieht. Wird bei nur einem Kandidaten die erforderliche Mehrheit nicht erreicht, wird die Wahl einmal wiederholt. Sollte das notwendige Stimmenverhältnis auch dann nicht erreicht werden, wird die Wahl spätestens nach drei Monaten mit neuen Wahlvorschlägen wiederholt.

- (9) Nach Beendigung der Wahl hat der Wahlleiter das Ergebnis schriftlich festzustellen. Die Niederschrift ist von ihm und mindestens zwei Wahlhelfern zu unterzeichnen. Die

Wahlergebnisse sind der Mitgliederversammlung, dem Bürgermeister, der Aufsichtsbehörde und dem Kreisfeuerwehrverband mitzuteilen.

- (10) Der gewählte Gemeindewehrführer und sein Stellvertreter sowie die gewählten Ortswehrführer und deren Stellvertreter bedürfen der Zustimmung der Stadtvertretung und werden für die Dauer ihrer Funktion zu Ehrenbeamten ernannt.
- (11) Die Amtszeit des Gemeindewehrführers, seines Stellvertreters sowie der Ortswehrführer und deren Stellvertreter beginnt mit dem Tag der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Ehrenbeamten und endet mit dem Amtsantritt des Nachfolgers. Die Amtszeit der übrigen Vorstandsmitglieder beginnt mit ihrer Bestellung und endet mit dem Verlust ihrer Funktion.
- (12) Ist einer der gewählten Funktionsinhaber den persönlichen oder fachlichen Anforderungen, die das Amt an ihn stellt, nicht mehr gewachsen, so kann dieser Funktionsinhaber von der Stadtvertretung nach Anhörung der Mitgliederversammlung vorzeitig abberufen werden. Das gilt auch, wenn dem Funktionsinhaber durch die Mitgliederversammlung das Vertrauen entzogen wurde. Die Abberufung bedarf der Bestätigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Die Abberufung kann nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung erfolgen. Ein Antrag auf Abberufung kann nur behandelt werden, wenn er auf der Tagesordnung gestanden hat. Das Verfahren richtet sich nach dem Verfahren über den Ausschluss gemäß § 8 dieser Satzung.
- (13) Scheiden Vorstandsmitglieder vorzeitig aus dem Amt, so ist innerhalb von drei Monaten eine Ersatzwahl durchzuführen.
- (14) Wird eine Wahl durch den Einsatz der Feuerwehr nach Beginn der Sitzung behindert, so entscheidet der Wahlleiter im Benehmen mit den Wahlhelfern über eine Unterbrechung, örtliche Verlegung (Fliegende Wahlurne) oder Vertagung der Wahl. Diese Entscheidung muss verhältnismäßig sein.
- (15) Schwierigkeiten bei der Durchführung der Wahl sind im Benehmen mit dem Kreisfeuerwehrverband innerhalb von vierzehn Tagen nach der Wahl zu klären. Ist dies nicht möglich, kann jedes Mitglied der Einsatzabteilung innerhalb von zwei Wochen nach der Entscheidung des Kreisfeuerwehrverbandes Beschwerde bei der Rechtsaufsichtsbehörde einlegen.

### **§ 13 Teilnahme an Versammlungen**

- (1) An den Versammlungen der Feuerwehr können der Präsident der Stadtvertretung, der Bürgermeister sowie deren Beauftragte teilnehmen. Sie können jederzeit das Wort verlangen. Die Versammlungen sind dem Bürgermeister rechtzeitig bekannt zu geben.
- (2) Auf Einladung des Vorstandes können weitere Ehrengäste an der Versammlung der Feuerwehr teilnehmen. Ihnen kann auf Antrag das Wort erteilt werden.

### **§ 14 Schriftverkehr**

Für den Schriftverkehr mit Behörden ist der Dienstweg über den Gemeindewehrführer und den Bürgermeister einzuhalten.

### **§ 15 Ausrüstung der Feuerwehr**

- (1) Alle Ausrüstungsgegenstände sind pfleglich zu behandeln. Die Feuerwehr hat ein Inventarverzeichnis anzulegen.
- (2) Jedes Mitglied der Einsatzabteilung und jedes Mitglied der Jugendabteilung erhält gegen Quittung Dienst- und Schutzkleidung nach den jeweils aktuellen Dienstgrad- und Dienstbekleidungsvorschriften für Freiwillige Feuerwehren und Werksfeuerwehren in Mecklenburg-Vorpommern, die im guten sauberen Zustand zu erhalten und bei schuldhaftem Verlust zu ersetzen sind. Mitglieder der Ehrenabteilung erhalten nur Dienstkleidung.

- (3) Aus der Feuerwehr ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder haben sämtliche Kleidungs- und Ausrüstungsgegenstände innerhalb einer Woche in ordnungsgemäßem Zustand abzugeben.

## **§ 16 Unfallversicherung**

Unfallversicherungsschutz besteht bei der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord nach Maßgabe ihrer Satzung. Dienstunfälle sind möglichst am gleichen Tag dem Gemeindewehrführer bekanntzugeben. Dieser zeigt sie innerhalb von drei Tagen der Feuerwehrunfallkasse und dem Kreiswehrführer an.

## **§ 17 Ordnungsmaßnahmen**

- (1) Verstöße gegen die Satzung oder die Anordnungen des Gemeindewehrführers, seines Stellvertreters, der Ortswehrführer und deren Stellvertreter sowie der jeweiligen Einheitsführer im Einsatz kann die der Vorstand ahnden. Er ist nach Anhörung des Betroffenen und eventueller Zeugen befugt,
1. eine Verwarnung,
  2. einen Verweis,
  3. einen vorläufigen Ausschluss (bis zu 1 Jahr)
- auszusprechen.
- (2) Die von der Leitung der Feuerwehr ausgesprochenen Ordnungsmaßnahmen sind in der jeweiligen Personalakte des Feuerwehrangehörigen nachzuweisen. Für die eine Verwarnung sind dies sechs Monate, für einen Verweis 12 Monate. Ausgesprochene Ordnungsmaßnahmen haben für die benannte Dauer Sperrwirkung für Beförderungen und Ernennungen, Ehrungen und Lehrgangsendsendungen. Für die Dauer einer Ordnungsmaßnahme nach Absatz 1 Nr.3 verliert der Feuerwehrangehörige seine satzungsgemäßen Rechte. Das Beschwerderecht bleibt davon unberührt.
- (3) Im Falle Maßnahme nach Absatz 1 ist gegen die Entscheidung des Vorstands innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe die Beschwerde beim Kreisfeuerwehrverband zulässig.
- (4) Im Falle strafrechtlicher Ermittlungen gegen Mitglieder, die im Zusammenhang mit dem Feuerwehrdienst stehen oder Auswirkungen auf den Feuerwehrdienst habenkönnen, kann der Vorstand das betroffene Mitglied bis zur Klärung des Sachverhalts vom Feuerwehrdienst beurlauben. Diese Maßnahme dient
1. dem Schutz des betroffenen Mitglieds,
  2. dem Schutz der Feuerwehr als Organisation,
  3. dem Schutz der Gemeinde als Träger der Feuerwehr.
- Diese Beurlaubung stellt ausdrücklich keine Disziplinarmaßnahme dar und ist auch in der Nachweisführung davon zu unterscheiden.

## **§ 18 Auflösung der Feuerwehr**

- (1) Die Auflösung der Feuerwehr kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung erfolgen.
- (2) Die Beschlussfassung bedarf einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der Einsatzabteilung. Der Beschluss ist dem Bürgermeister unverzüglich bekanntzugeben. Nach frühestens einem Monat ist durch die Mitgliederversammlung unter den Gleichen Bedingungen erneut zu beschließen. Der jetzt gefasste Auflösungsbeschluss ist innerhalb von drei Tagen dem Bürgermeister und der Aufsichtsbehörde zu melden. Die Auflösung wird sechs Monate nach der zweiten Beschlussfassung wirksam.
- (3) Im Falle der Auflösung fällt das Vermögen der Feuerwehr an die Stadt. Es ist für eine neu zu errichtende Feuerwehr oder für andere Feuerlöschzwecke zu verwenden.



## **§ 19 Schlussbestimmungen**

Über alle bei der Auslegung dieser Satzung entstehenden Streitigkeiten entscheidet die Aufsichtsbehörde nach Anhörung der Beteiligten.

## **§ 20 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit ihrer Ausfertigung in Kraft. Gleichzeitig treten alle vorherigen Satzungen außer Kraft.

Neustrelitz, 07.01.2026

gez.  
W e s t p h a l  
Gemeindewehrführer